



Stellenplan – Erhöhung um 100 Stellenprozente

Ressort
Sitzung

Präsidentiales
12. September 2024

Der Stadtrat bewilligt die Erhöhung der Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals um 100 Stellenprozente.

nid 0.4.7 / 4.1

Einleitung

a) Grundsätzliches

Der Stadtrat beschliesst gemäss Artikel 54, Absatz 1, Buchstabe i der Stadtordnung in abschliessender Zuständigkeit die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals.

Der Gemeinderat beantragt beim Stadtrat die Erhöhung des Stellenetats um 100 %. Dies betrifft aktuell insbesondere die Abteilung Infrastruktur mit dem Bereich Administration. Gleichzeitig sieht der Gemeinderat vor, die Gesamtzahl der Stellen innerhalb von drei Jahren bis zum 1. Januar 2028 um mindestens 100 Stellenprozente zu reduzieren. Die Reduktion soll durch weitere Effizienzsteigerungen, eine konsequente Priorisierung der Geschäfte in enger Zusammenarbeit mit der Politik sowie durch die fortschreitende Digitalisierung in der gesamten Stadtverwaltung erreicht werden.

Die Abteilung Infrastruktur ist eine von fünf Verwaltungsabteilungen der Stadt Nidau. Gemäss der Verordnung über die Verwaltungsorganisation (VV, [SRS 161.11](#)) umfasst die Abteilung die Bereiche Bau und Raumplanung (Ressort Präsidiales), Tiefbau und Umwelt (Ressort Tiefbau und Umwelt), Energieversorgung (Ressort Tiefbau und Umwelt) sowie Hochbau (Ressort Hochbau). Im [Anhang 2](#) der Verwaltungsverordnung sind die Aufgaben der verschiedenen Bereiche der Abteilung Infrastruktur summarisch aufgeführt.

In der Abteilung Infrastruktur sind insgesamt 67 Personen beschäftigt. Davon sind 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Monatsgehalt angestellt, während 36 Personen auf Stundenbasis entlohnt werden. Dies ergibt ein Total von rund 24 FTE¹. Ein Grossteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erledigen die anfallenden Aufgaben in den Aussenbereichen Werkhof, Strandbad und Hauswartung/Reinigung. Lediglich 640 Stellenprozente oder 6,4 FTE sind in der Verwaltung der Abteilung Infrastruktur beschäftigt, welche auf verschiedene Funktionen und Stellen verteilt sind. Diese erledigen zusammen sämtliche fachlichen und administrativen Aufgaben für die gesamte Abteilung Infrastruktur inklusive der anfallenden administrativen Arbeiten der Aussenbereiche. Zudem fallen sämtliche Aufgaben der personellen Führung in der Linie in deren Zuständigkeitsbereich.

¹ (Full Time Equivalent, zu Deutsch: Vollzeitäquivalent)

Gemäss Verwaltungsverordnung erfüllt die **Abteilungsleitung** Infrastruktur ihre zugewiesenen Aufgaben und arbeitet eng mit den zuständigen Ressortvorstehenden (Mitglieder des Gemeinderates) zusammen. Sie führt die Abteilung, vertritt diese gegenüber anderen Abteilungen und Behörden, legt interne Geschäftsabläufe fest und führt das direkt unterstellte Personal. Zudem trägt sie die Verantwortung für den Fachbereich «Bau und Raumplanung», während im Baubewilligungsverfahren die Geschäftsbearbeitung durch die Verfahrensleitung Bau erfolgt.

Die **Bereichsleitungen** sind für ihre Aufgaben und das unterstellte Personal verantwortlich und arbeiten eng mit den Ressortvorstehenden zusammen. Die Bereichsleitung "Hochbau" betreut fünf Hauswarte und den Betriebsleiter Strandbad, während die Bereichsleitung "Tiefbau und Umwelt" den Werkhofchef leitet. Die Energieversorgung wird extern betrieben, aber die behördliche Verwaltung verbleibt bei der Abteilung Infrastruktur.

Die **Administration** unterstützt Abteilungs- und Bereichsleitungen bei Aufgaben und Projekten, organisiert administrative Arbeiten, sichert das Tagesgeschäft sowie Telefon-/Schalterdienst und betreut kaufmännische Auszubildende. Entlastet Abteilungs- und Bereichsleitungen, sodass diese sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.

b) Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen

In den letzten Jahren konnte wegen fehlenden personellen Ressourcen das geplante Investitionsvolumen oft nicht vollständig ausgeschöpft werden, was einerseits zu Budgetüberschüssen führte, andererseits jedoch dringend notwendige Erhaltungsmassnahmen verzögerte. Dies hat einen (erheblichen) Nachholbedarf verursacht, da wichtige Sanierungs- und Neubauprojekte sowie Unterhaltsarbeiten verschoben wurden.

c) Verbesserungen und Fortschritte

Veraltete Planungsinstrumente wurden erfolgreich aktualisiert und neue entwickelt, um die Einstufung und Priorisierung von Projekten weiter zu verbessern und den aktuellen Anforderungen anzupassen.

Das Führungsteam, bestehend aus der Abteilungsleiterin und den Bereichsleitern, hat wesentlich zur Stabilisierung beigetragen. Seit Mitte 2021 hat die Abteilung Infrastruktur unter der neuen Leitung grosse Fortschritte gemacht. Die Strukturen und die Organisation wurden gefestigt, was zu einer Stabilisierung des Teams und zu einer Effizienzsteigerung geführt hat.

Im Bereich der Digitalisierung und der elektronischen Aktenführung wurden wesentliche Fortschritte erzielt. Dazu gehören der Ausbau des Gever-Archivs sowie die Einführung von eBau und dem geplanten ePlan, was die Effizienz und Transparenz der Prozesse weiter verbessert hat und wird.

Die Anforderungen an die Infrastruktur in den Bereichen Hochbau, Tiefbau und Umwelt steigen stetig. Zudem werden die bau- und planungsrechtlichen Verfahren immer komplexer, wie beispielhaft die Ortsplanungsrevision "weiteres Stadtgebiet" zeigt.

d) Zunehmende Aufgaben und Projekte

Die Abteilung Infrastruktur verzeichnet einen stetigen Zuwachs an Aufgaben, die mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr effizient bewältigt werden können. Die zunehmende Komplexität erfordert Spezialwissen und eine intensivere Koordination. Neue Anforderungen erhöhen den administrativen Aufwand und den Bedarf an Weiterbildung.

Die Abteilung Infrastruktur steht vor der Aufgabe, den Instandhaltungsstau und die steigenden Anforderungen effizient zu bewältigen. Dies erfordert entsprechende personelle Ressourcen, verbunden mit einer sorgfältigen Planung und Priorisierung in Zusammenarbeit mit der Politik, um die Stadtentwicklung weiterhin positiv zu gestalten und die Realisierung wichtiger Infrastrukturprojekte sicherzustellen.

Arbeitsplatzbewertung

Im Rahmen der Aufgabenüberprüfung und Prozessoptimierung wurde Ende 2022 eine externe Stellenbewertung in Auftrag gegeben. Diese wurde im Herbst 2022 / Frühjahr 2023 durchgeführt und kam zu einem Gesamtbestand von 860 Stellenprozenten in der Verwaltung der Abteilung Infrastruktur. Gegenüber dem aktuellen Stellenetat fehlen gemäss Arbeitsplatzbewertung somit insgesamt 220 Stellenprozente in der Verwaltung der Abteilung Infrastruktur.

Bei der Bewertung des Arbeitsplatzes wurden die mit der Funktion verbundenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten berücksichtigt. Es wird davon ausgegangen, dass das Personal gut ausgebildet und engagiert ist. Die Bewertung basiert auf den im Bewertungsbogen und bei der Datenerhebung vor Ort gesammelten Informationen und spiegelt den aktuellen Bedarf im Hinblick auf das Dienstleistungsangebot wider.

Aus dem Gutachten lassen sich folgende Erkenntnisse ableiten:

- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind allgemein überlastet und die Arbeitsbedingungen sind nicht für alle Mitarbeitenden optimal.
- Die Abteilungsleitung trägt als direkte Vorgesetzte des Personalbereichs die Verantwortung für die Stabstellen Administration und Projekte und Recht, die Fachbereiche Hochbau sowie Tiefbau und Umwelt und koordiniert deren Aufgabenbereiche. Die direkte Angliederung der Stabsstellen Administration bei der Abteilungsleitung sei ineffizient.
- Der Bereich Hochbau mit seinen vielseitigen Aufgaben inkl. der Aussenstellen und der Vielzahl an Projekten ist am stärksten von der Überlastung betroffen.
- Es gibt keine zentrale Schalterbedienung, was oft dazu führt, dass die Geschäftsverantwortlichen im offenen Schalterbereich gestört werden und ihre Arbeiten kaum effizient erledigen können.

Projekt Weiterentwicklung Infrastruktur

Der Gemeinderat hat gestützt auf die durchgeführte Arbeitsplatzbewertung einen strategischen Projektausschuss unter der Leitung der Stadtpräsidentin (Ressort «Bau und Raumplanung») eingesetzt, der das Projekt «Weiterentwicklung Infrastruktur» begleitet. In diesem Ausschuss sind auch die beiden Ressortleiter «Hochbau» und «Tiefbau und Umwelt» vertreten. Von operativer Seite sind der Stadtverwalter, die Abteilungsleiterin Infrastruktur und der Bereichsleiter Sicherheit (als beauftragter Projektmanager) im Projektausschuss vertreten.

Der strategische Ausschuss genehmigt die Teilprojekte zuhanden der finanzkompetenten Stelle und nimmt das regelmässige Reporting zur Kenntnis.

Die Hauptziele des Projekts zur Weiterentwicklung der Abteilung Infrastruktur sind:

- Abteilungsorganisation optimieren
- Verbesserung der Ressourcenauslastung und -planung
- Effizienzsteigerung der Arbeitsprozesse und -abläufe
- Auslagerung von freiwillig gewählten Aufgaben an externe Firmen
- Reduktion der Arbeitsüberlastung der Mitarbeitenden
- Weiterhin hohe Kundenzufriedenheit und Servicequalität

Aus den Hauptzielen wurden und werden einzelne Massnahmen bzw. Massnahmenpakete² erarbeitet, dem strategischen Ausschuss zur Stellungnahme vorgelegt und im Anschluss umgesetzt bzw. angegangen. Der Fokus wurde vorderhand auf die Teilbereiche der Abteilungsorganisation, der Liegenschaftsverwaltung und dem Strandbad gelegt.

Im Rahmen des Massnahmenpakets Abteilungsorganisation wurde die Organisation der Abteilung nochmals eingehend überprüft und zahlreiche Optimierungsempfehlungen aus der Arbeitsplatzbewertung bereits vorgenommen. Im Weiteren wurden die Effizienzsteigerung der Arbeitsprozesse und -abläufe überprüft und wo bereits möglich erste Massnahmen umgesetzt:

- Für das Projektmanagement aller Massnahmen hat der Gemeinderat interimistisch eine interne 50% Stellenerhöhung, befristet bis Ende 2025 beschlossen.
- Per anfangs 2024 konnte die Liegenschaftsverwaltung an eine versierte externe Immobilienfirma ausgelagert werden.
- Auch im Bereich der Vermietung von Bootsplätzen konnte eine externe Lösung als Pilotbetrieb gefunden werden.

Stellenprozentenerhöhung und neue Funktion «Leitung Administration»

Die vertiefte Überprüfung der Abteilungsorganisation und die detaillierte Analyse der Arbeitsplatzbewertung haben gezeigt, dass die Aufgaben trotz Optimierungen mit den vorhandenen Ressourcen nicht bewältigt werden können. Eine Erkenntnis ist, dass die Administration als zentrales Bindeglied gestärkt werden muss, um die Fachbereiche ausreichend zu entlasten.

Mit der Einführung der Funktion «Leitung Administration» soll eine kompetente Stelle für die Leitung der Administration geschaffen werden. Dazu muss der Stellenetat um 100 Stellenprozent erhöht werden. Die Leitung Administration koordiniert das Tagesgeschäft und führt die Mitarbeitenden der Administration sowie die kaufmännischen Lernenden. Sie ist verantwortlich für die einheitliche Pendenzenverwaltung und stellt die notwendige Koordination zwischen den einzelnen Bereichen und der Abteilungsleitung sicher. Zusammen mit dem Team Administration unterstützt und entlastet sie die Abteilungs- und Bereichsleitungen in allen administrativen Belangen.

² Liste der Massnahmen zuhanden der GPK

Die Verwaltungsprozesse in öffentlichen Institutionen sind häufig sehr komplex und langwierig. Genehmigungsverfahren, Ausschreibungen und behördliche Vorgänge können die Planung und Umsetzung von Bau- und Planungsprojekten erheblich verzögern. Ein Mangel an qualifizierten Fachkräften in den Fachbereichen kann dazu führen, dass die anstehenden Projekte nicht rechtzeitig begonnen oder abgeschlossen werden. Dies gilt sowohl für das städtische Personal als auch für externe Auftragnehmer.

Vorhaben

Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse der Arbeitsplatzbewertung der Abteilung Infrastruktur und die daraus resultierenden fehlenden Stellenprozente im Umfang von 220% und die vom Gemeinderat bereits getroffenen Massnahmen zur Kenntnis. Er beschliesst eine Erhöhung der Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen um 100 Stellenprozente.

Kosten

Die Schaffung der zusätzlichen Stelle mit fachspezifischen Ausbildungen wird voraussichtlich Gehaltskosten von rund 90 000 Franken inkl. Sozialleistungen pro Jahr verursachen.

Abweichungen ergeben sich aufgrund des Alters, der Erfahrung und der Ausbildung.

Personelle Auswirkungen

Der Stellenetat für die Abteilung Infrastruktur wird ab 1. Oktober 2024 um 100 Stellenprozente erhöht. Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen beträgt 2025 somit 5 585 Stellenprozent.

Finanzielle Auswirkungen

Es entstehen jährlich wiederkehrend Mehrkosten im Umfang von rund CHF 90 000.-. Der Betrag ist im Budget 2025 eingestellt. Die Rekrutierung des neuen Personals wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Realistisch ist eine Vollbesetzung ab Mitte 2025.

Der Gemeinderat beabsichtigt, die Gesamtzahl der Stellen innerhalb von drei Jahren bis zum 1. Januar 2028 um mindestens 100 Stellenprozente zu reduzieren.

Termine

Rekrutierung ab Oktober 2024

Zustimmungen

Keine.

Beschlussentwurf

Der Stadtrat von Nidau, gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe i der Stadtordnung, beschliesst:

1. Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals wird um 100 Stellenprozente erhöht und beträgt 2025 somit 5 585 %.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Gesamtzahl der Stellen innerhalb von drei Jahren bis zum 1. Januar 2028 um mindestens 100 Stellenprozente zu reduzieren.

2560 Nidau, 13. August 2024 sta/kan

NAMENS DES GEMEINDERATES NIDAU

Die Stadtpräsidentin Der Stadtschreiber

Sandra Hess

Stephan Ochsenbein

Beilagen zuhanden GPK und Fraktionspräsidien:

- Liste der Massnahmen
- Bericht Arbeitsplatzbewertung Bernisches Gemeindegremium vom 28. Februar 2023